

# Verfassung und Klassenkampf

## Zum 100. Jahrestag des Beschlusses des Bundes-Verfassungsgesetzes

WALTER BAIER

Ich bin kein Historiker und kein Jurist. Mir geht es auch nicht um die „Schönheit der Verfassung“ oder um historisches Erinnern. Meine Interpretation dreht sich um die aktuelle politikwissenschaftliche und revolutions-theoretische Dimension. Die Corona-Pandemie, die ökologische Krise, die Rezession, die Digitalisierung und die staatlichen Politiken zur Bearbeitung dieser Herausforderungen des kapitalistischen Systems: das sind die Fragestellungen, die mich beschäftigen.

Die Rezession hat bereits vor der Pandemie eingesetzt. Sie hat die jetzigen Umstrukturierungen in den Unternehmen und den technologischen Quantensprung nicht ausgelöst, sondern beschleunigt. Die venezolanische Ökonomin Carlotta Perez, eine Neo-Schumpeterianerin, erweitert die Debatte um einen interessanten Aspekt, indem sie zeigt, dass der technologischen Paradigmenwechsel, den der Kapitalismus in den letzten 250 Jahren durchgemacht hat, regelmäßig in zwei Phasen erfolgte: Eine Einführungsphase („installation phase“), in der sich das neue Paradigma in Trial-and-Error konkretisierte. Hohes Risiko der Investitionen und ein Laissez-faire der Politik führen dazu, dass in dieser Phase die Führung beim Finanzkapital liege. Die Folge seien eine wachsende soziale Ungleichheit und die Bildung von Finanzblasen, was in eine Wirtschaftskrise münde, wie wir sie zuletzt 2007/08 erlebt haben. Die anschließende zweite Phase besteht in der allgemeinen Durchsetzung des neuen Paradigmas („deployment phase“). Diese erfolge unter der Führung des Realkapitals. Der Ausweg aus der Krise und die Umstellung auf einen neuen Wachstumspfad erfordere allerdings das Eingreifen des Staats und könne in Verbindung mit sozialen Kämpfen eine Phase der Prosperität und steigender Einkommen einleiten.<sup>1</sup>

Wenn dies so zuträfe, dann wäre der jetzige staatliche Interventionismus, der sich von der Reaktion am Beginn der letzten Finanzkrise unterscheidet, das neue Normale. In Parenthese muss man allerdings die Frage stellen, inwieweit der (noch nicht beschlossene) Europäische Wiederaufbauplan und der so hochgelobte Green Deal der Europäischen

Kommission überhaupt den Erfordernissen einer Transformation der europäischen Ökonomien genügt und ausreicht, den technologischen Abstand zu den digitalen Supermächten USA und China zu verringern.

Die Frage des Staats rückt damit ins Zentrum, allerdings nicht wie in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus in Form einer Debatte über die generelle Sinnhaftigkeit staatlicher Eingriffe in das Marktgeschehen, sondern als Debatte darüber, mit welchen Zielen und Methoden die Eingriffe zu erfolgen hätten. Das ist der ökonomische Rahmen, in dem rechte PopulistInnen, Konservative und Liberale die Auseinandersetzung um eine neue Hegemonie führen. Meine These lautet: Die SozialistInnen werden in dieser Auseinandersetzung nur dann mehr sein als der linke Flügel der Liberalen, wenn sie wieder über Sozialismus reden, nicht in der Art eines verheißenen, gelobten Landes, sondern im Sinne eines Prozesses der Transformation.

### Funktionelle Demokratie

Mein spezielles Interesse gilt dem Austromarxismus und den Überlegungen von Otto Bauer, Karl Renner, Max Adler, Käthe Leichter, Therese Schlesinger und Helene Bauer sowie ihren Debatten insbesondere mit Hans Kelsen, nicht nur, weil es um den Kontext der österreichischen Bundesverfassung geht, sondern weil in ihnen die strategischen Probleme eines demokratischen Sozialismus, der sich sowohl vom Reformismus Bernstein'scher Prägung als auch vom Bolschewismus à la Lenin und Trotzki unterscheidet, auf einem bis zum heutigen Tag nicht wieder erreichten theoretischen Niveau aufgeworfen wurden. Das erklärt sich nicht nur aus den Qualitäten der beteiligten TheoretikerInnen, die zu den bedeutendsten SozialwissenschaftlerInnen ihrer Zeit zählen, sondern aus der, ebenfalls bis heute einzigartig dastehenden Größe der sozialdemokratischen Partei in Österreich, die in den 1920er Jahren des vorigen Jahrhunderts die überwältigende Mehrheit der ArbeiterInnenklasse repräsentierte.

Anders als in den meisten 1918 neu gebildeten Nationalstaaten, in denen die lang ersehnte nationale Unabhängigkeit

die sozialen Gegensätze überdeckte, spitzte die „passive Revolution“ in Österreich, die die Ordnung im Interesse des Bürgertums umstürzte, die Klassen-gegensätze zu und drängte zu einer sozialen Revolution. Otto Bauers erstmals 1923 publiziertes Werk „Die österreichische Revolution“ beschreibt den Zeitraum von 1918 bis 1922, in die auch die Beschlussfassung des Bundes-Verfassungsgesetzes fällt. In rascher Folge wechselten einander die politischen Konstellationen ab: Auf die ursprüngliche *Hegemonie der sozialistischen Arbeiterbewegung*, in der auch die Errichtung einer – nach Bauers Einschätzung allerdings nur episodischen – Sowjetherrschaft möglich gewesen wäre, folgte ein von ihm konstatiertes *Gleichgewicht der Klassenkräfte*, das zu einem Übergewicht der bürgerlichen Kräfte überleitete und mit der – unter äußerem, wirtschaftlichem und militärischem Druck – durchgesetzten vollständigen Restauration der bürgerlichen Herrschaft endete.

Zur Beschreibung der politischen Zustände während der Hegemonie der Arbeiterbewegung prägt Bauer den Begriff der *funktionellen Demokratie*.<sup>2</sup> Max Adler beschrieb dieses System rückschauend als eine eigentümliche „Modifikation des parlamentarischen staatlichen Lebens, in welchem die staatliche Willensbildung nicht mehr bloß durch parlamentarische Beschlüsse zustande kommt, sondern in immer steigendem Maße bei dieser Willensbildung das Einvernehmen mit den Organisationen der großen wirtschaftlichen Interessenkreise gesucht werden muss, vor allem mit den Interessensorganisationen der Arbeiter und Angestellten.“<sup>3</sup>

Für Bauer bedeutete dies „eine „Vertiefung des demokratischen Gedankens der Regierung im Einvernehmen mit den Regierten“, die „in einem ständigen Ringen in den Versammlungen der Partei und Gewerkschaftsvertrauensmänner in den Arbeiter- und Soldatenräten, in den Betriebs- und Kasernenversammlungen [...] Tag für Tag in harten Kämpfen erarbeitet werden musste.“ Emphatisch schreibt er von einer „völlige(n) Umwälzung des Verhältnisses der Massen zum Staat“.<sup>4</sup> In einem Käthe Leichter zugeschriebenen, nach der Niederlage im Februar 1934 für



**Käthe Leichter (1895–1942)**

das *Frankfurter Institut für Sozialforschung* verfassten Research-proposal mit dem Titel „Autoritätsprobleme in der österreichischen Arbeiterbewegung“ wird dieses Verhältnis deutlich nüchterner, als ein, über die „axiomatisch geforderte Einheit der Partei“ realisiertes „Zuredesystem“ beschrieben, dessen Schlüsselperson der „Vertrauensmann, der wichtigste psychologische Typ der SPÖ, weder ein extrem autoritärer noch ein revolutionärer Typ“, gewesen sei. „Fast ist man versucht, die nicht durchgängige Parallele zum Lehenswesen zu ziehen, bei dem eine Autoritätspyramide mit fortgesetzter Weiterverleihung der Autoritätstitel aufgebaut wurde.“<sup>5</sup> Die Revolutionierung der ArbeiterInnenklasse nahm also die Form einer Verstaatlichung der ArbeiterInnenpartei an, die sich mühte, der Klasse die Revolution durch „Zureden“ auszureden.

### **Gleichgewicht der Klassenkräfte**

Auf diesen Zustand folgte nun das von Bauer so bezeichnete „Gleichgewicht der Klassenkräfte“. Realpolitisch geht es um das Ringen der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten in der Koalitionsregierung, in der das Kräfteverhältnis keiner Seite einen entscheidenden Sieg erlaubte und sie so zum Kompromiss nötigte. Deswegen hatte Hans Kelsen auch nicht ganz unrecht, wenn er Bauers Begriff „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ als einen Versuch dekonstruierte, die von der Sozialdemokratie 1919/1920 betrieb-

ne Koalitionspolitik mit der Lehre von Marx und Engels in Übereinstimmung zu bringen, der zufolge der Staat nichts anderes als ein Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse sei.

Diese Theorie gerate nun in die Krise, schreibt er, weil „das Proletariat – nicht zuletzt gestützt auf eine demokratische Verfassung – zu einer politischen Macht geworden ist, die seine Partei unmittelbar vor die Möglichkeit, ja Notwendigkeit stellt – sei es allein, sei es in Verbindung mit bürgerlichen Parteien – die Regierung jenes Staats zu übernehmen, den seine Theorie als eine zum ‚Absterben‘ bestimmte Ausbeuterorganisation ablehnt“.<sup>6</sup> Mitte/Ende der 1970er Jahre erlebte der Begriff „Gleichgewicht der

Klassenkräfte“ eine Renaissance, als sich die italienische und die französische KP im Vorzimmer der Macht wähten und konzeptuell versuchten, die Probleme zu verstehen, die sich im Übergang zu einem demokratischen Sozialismus stellten. Das Interesse bestand auch deshalb, weil der Austromarxismus ein Vokabular bereitstellte, das eine Verständigung mit linken Strömungen der europäischen Sozialdemokratie erlaubte.<sup>7</sup>

Kelsens Bemerkung war zutreffend und geistreich, unterschätzte aber die Tiefe von Bauers Untersuchung, vor allem in ihren soziopolitischen Aspekten. Bauer schreibt etwa über die zwei aufeinander folgenden Koalitionsregierungen, die beide unter der Leitung des Sozialdemokraten Karl Renner standen, sich aber doch wesentlich unterschieden: „In der Zeit der Bildung der ersten Koalitionsregierung bestanden die stärksten Gegensätze zwischen den bäuerlichen und den Wiener Christlich-sozialen. In dem Maße, als der ‚Heimkehrer‘ wieder zum Bauern geworden war, als die bäuerliche Bewegung den starken demokratischen Charakter der Umsturzzeit verloren und sich immer einseitiger gegen die Arbeiterklasse gewendet hatte, war dieser Gegensatz überwunden worden. Es war den Wiener Klerikalen gelungen, die bäuerlichen Abgeordneten allmählich wieder ihrer Führung unterzuordnen. Die erste Koalition war eine Klassenallianz der Arbeiter mit den Bauern. Die zweite Koalition war eine banale Parteienallianz der Sozialdemokraten mit den Christ-

demokraten, [...] mit dem durch die städtischen Christlich-sozialen repräsentierten Teil des Bürgertums, der nun wieder die bäuerlichen Stimmen kommandierte.“<sup>8</sup>

Hier finden wir alles: Lenin, Gramsci, Poulantzas. Aber auch Bauers Wunschenken: „Die Republik war in dieser Phase weder eine Bourgeoisrepublik noch eine proletarische Republik. [...] Sie war kein Klasseninstrument der Herrschaft einer Klasse über die andere, sondern ein Ergebnis des Kompromisses der beiden Klassen, ein Resultat des Gleichgewichts der Klassenkräfte.“<sup>9</sup> Eine klassenpolitische Neutralität des Staats und der demokratischen Verfassung zu unterstellen, ist auch die immer wieder und sowohl gegen die Linke wie die Rechte verteidigte These Hans Kelsens.

1955, als er auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges in den USA den Aufsatz „Demokratie und Sozialismus“ publizierte, wandte sich Kelsen gegen Friedrich von Hayeks „Der Weg in die Knechtschaft“: „Das Ergebnis der vorangehenden Untersuchung ist, dass alle Versuche einen Wesenszusammenhang zwischen Freiheit und Eigentum nachzuweisen ebenso fehlgeschlagen sind wie die, einen engeren Zusammenhang zwischen Demokratie und Kapitalismus als zwischen Demokratie und Sozialismus oder gar die ausschließliche Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus aufzuzeigen. Daher beschränken wir uns auf die These, dass die Demokratie als politisches System nicht notwendigerweise mit einem bestimmten Wirtschaftssystem verbunden ist.“<sup>10</sup>

### **Klassenneutralität des Staats**

In die Mitte der 1920er Jahre in der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie geführten Debatte zur Staatstheorie griff Kelsen mit einem Aufsatz unter dem Titel „Marx oder Lassalle“ ein. Darin nahm er Bauers Gleichgewichtstheorie beim Wort: Wenn, so schreibt er, „jeder Staat ein aus dem Kräfteverhältnis der Klassen geschlossener Kompromiss sei, so trenne den jetzigen Staat von „einem künftigen, dem, dem sozialistischen Ideal ganz entsprechenden sozialen Gebilde, nur eine Graddifferenz, die durch zielbewusste Reform erfüllt, nicht durch Revolution übersprungen werden muss.“<sup>11</sup> Dieser Nivellierung widersprach Bauer aus ideologischen Gründen. Sein Beharren auf einem qualitativen Unterschied zwischen sozialistischem und bürgerlichem Staat wirkt aber kraftlos. Die Prekarität des Arguments der „funktionellen De-

mokratie“, die den Unterschied ausmachen soll, wurde bereits erwähnt.

Vor allem aber zeigten die Erfahrungen bei der von ihm geleiteten Sozialisierung etwas gänzlich anderes als einen neutralen Staatsapparat. Die Sozialisierung, so schrieb Bauer im Frühjahr 1919 in der Broschüre „Der Weg zum Sozialismus“, sollte „nicht „in der Form der brutalen Konfiskation des kapitalistischen Eigentums sondern gegen Entschädigung“ erfolgen.<sup>12</sup> Als man nun daranging, die Alpine Montan, den größten Industriekomplex des Landes, der im Eigentum einer tschechischen Holding stand, auf „nicht brutale“ Weise zu sozialisieren, stellte sich heraus, dass ein Wiener Spekulant, Richard Kola – bezeichnender Weise in Absprache mit dem Finanzminister Joseph Alois Schumpeter – die Anteile des Unternehmens aufgekauft und an eine italienische Finanzgruppe weitergereicht hatte. Da hinter den neuen Eigentümern eine der Siegermächte des Kriegs stand, blieb der Regierung nichts übrig als den *Fait accompli* zu akzeptieren. Damit war aber dem gesamten Sozialisierungsplan das Rückgrat gebrochen.

Interessant ist hier nicht nur das *Was* – „It’s the economy“ – sondern das *Wie*, das Poulantzas als die „strategische Selektivität des Staats“ bezeichnet, ein System von innerstaatlichen Filtermechanismen und Prioritätensetzungen, die bestimmte Praktiken privilegieren und andere, wie etwa die an der Staatsspitze beschlossene Sozialisierungsaktion ausschließen, und das seinen letzten Grund in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in den Produktionsverhältnissen hat.

In den Worten Max Adlers, dem linken Flügelmann des Austromarxismus: „Und dies ist nebenbei bemerkt auch der Grund, warum eine sogenannte Arbeiterregierung selbst, wenn sie nur aus Sozialdemokraten besteht, selbst wenn sie sich auf eine sozialdemokratische Majorität stützen kann, doch niemals eine sozialistische Regierung sein kann, solange das Proletariat nicht stark genug ist, auch die ökonomische Macht im Staate an sich zu reißen. Daraus entspringt dann die historische Tragik jeder Arbeiterregierung, die durch gewisse innenpolitische Situationen notwendig werden kann, dass auch sie nur eine Verwalterin des bürgerlichen Staats sein kann, freilich mit sehr radikaler Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen, aber doch zugleich berufen, auch die ‚Staatsnotwendigkeiten‘ zu vertreten,

welche noch Notwendigkeiten des Klassenstaates der Besitzenden, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind.“<sup>13</sup> Wem fallen dazu nicht die historischen und aktuellen Beispiele ein?

Realistischer als die Unterstellung einer klassenpolitischen Neutralität des demokratischen Staats ist daher die Kritik des sozialistisch geprägten deutschen Staatsrechtlers Otto Kirchheimer an der Weimarer Verfassung, die ebenfalls im Zeichen eines Kompromisses sogar eine soziale Bindung des Eigentums statuierte und die Möglichkeit von Enteignungen vorsah. Dennoch hält er fest: „Das immer vorhandene Schwergewicht des Bestehenden, in diesem Fall des Privateigentums, wird dadurch, dass die Verfassung über die Frage, welches Wirtschaftssystem herrschen soll, keine Entscheidung trifft [...] noch mehr verstärkt.“<sup>14</sup>

Karl Renner, der 1929 in einem Buch mit dem Titel „Wege der Verwirklichung“ noch einmal auf die Frage der Sozialisierung zu sprechen kam, konnte also mit empirischen Argumenten, nicht nur aus der Sicht der österreichischen Erfahrung behaupten, dass eine Sozialisierung durch den Staat, solange man ihn nicht wirklich und dauernd beherrscht, nicht denkbar sei.<sup>15</sup>

Damit befände sich jedoch die Politik in einer Sackgasse: Der Staat ist bürgerlich, solange das kapitalistische Eigentum überwiegt, und das kapitalistische Eigentum kann nicht sozialisiert werden, weil der Staat bürgerlich ist. Dem von ihm so bezeichneten *Politismus* (gemeint ist offensichtlich Otto Bauers Strategie), der sich in der Krise befindet, stellt Renner das Konzept einer „Eigenwirtschaft der Arbeiterklasse“ gegenüber, die Idee der in Betriebsräten, Gewerkschaften, Produktions-, Konsumgenossenschaften und mannigfaltig anderen Formen demokratischer Selbstorganisation der Arbeiterklasse sich verwirklichenden Wirtschaftsdemokratie. Solche „sind *Mittel freier Organisation*, sind *Mittel rein ökonomischer Natur*, Mittel zur Umwälzung der Ökonomie *von innen heraus*, nicht außerökonomische Mittel, daher solche, *die im Schoße der alten die neue Ökonomie verbreiten können*.“<sup>16</sup>

Die Fragestellung hat auch aktuelle Bedeutung, wenn etwa die „Free and



Otto Bauer (1881–1938)

Open Source Software“-Bewegung, ein auf Commons basiertes Innovationsparadigma auf dem Weg ist, sich innerhalb des Kapitalismus durchzusetzen, und inzwischen auch von den Big Players wie Microsoft und Google in ihre Geschäftsmodelle integriert wird. Was aber bedeuten derlei Einschlüsse nicht-marktwirtschaftlicher Logik im Zuge des kapitalistischen technologischen Wandels für die Strategie sozialer Transformation?<sup>17</sup>

Muss die marxistische Staatstheorie auf dem orthodox-marxistischen wie gleichermaßen anarchistischen Standpunkt beharren, dass eine sozialistische Transformation ausschließlich von außen, gegen den Staat durchgesetzt werden kann? Oder besteht demokratischer Sozialismus nicht viel eher darin, die auf die politische Macht zielenden Strategien sozialistischer Parteien mit dem Aufbau von wirtschaftlicher und sozialer Macht in Betrieben, Gemeinden, Genossenschaften und sozialen Bewegungen zu verbinden?

Damit betreten wir das Terrain der aktuellen politikwissenschaftlichen und revolutionstheoretischen Debatten, deren Ausgangspunkt Nicos Poulantzas’ Überwindung der Betrachtung des Staats als eines homogenen Blocks ist. Poulantzas weist die „simple Alternative Stellungen- und Bewegungskrieg à la Gramsci“ zurück, weil auch ihr die Idee des Staats als einer Festung zugrunde läge, die von außen belagert und eingenommen werden müsse. Doch, und ohne die Priorität der außerparlamentarischen und außer-



### „Die österreichische Revolution“ von Otto Bauer, Wien 1923

institutionellen Kämpfe, die das innere Kräfteverhältnis der Staatsapparate verändern, zu relativieren, schreibt er: „Der lange Prozess der Machtergreifung in einem demokratischen Weg zum Sozialismus besteht im Wesentlichen darin, die innerhalb der staatlichen Netzwerke verstreuten Widerstandsnester zu entfalten, verstärken und koordinieren und zu leiten, sowie neue Zentren zu schaffen und zu entwickeln“, sodass diese zu effektiven Zentren der Macht werden.<sup>18</sup>

### Bemerkungen zum sozialistischen Staat

Wenn die SozialistInnen sich nicht in mehr oder weniger radikale Linksliberale verwandeln wollen, so müssen sie wieder vom Sozialismus reden. Man muss sich auch davon lösen, sich den Sozialismus als eine Gesellschaft der unbegrenzten materiellen Möglichkeiten vorzustellen. Das ist allein schon aufgrund der ökologischen Grenzen der Zivilisation nicht denkbar. Aus theoretischer Sicht ist es zudem unseriös, alle progressiven Agenden – Ökologie, Feminismus, Demokratie, soziale Gerechtigkeit etc. – zu einer „Großen Erzählung“ aufzusummieren und diese dann Sozialismus zu nennen. Die Herausforderung besteht ja nicht darin, Ideale zu verkünden, sondern Methoden zu finden, sie zu verwirklichen.

In einem 1927 verfassten Manuskript definiert Karl Polanyi, bezugnehmend auf das Engels-Wort „vom Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit“, Sozialismus als dasjenige Wirtschaftssystem, das durch seine

Eigentumsordnung und die politische Demokratie den Menschen ermöglicht, die Interaktion untereinander und mit der Natur bewusst, das heißt frei zu gestalten.<sup>19</sup> Wie die Menschen ihre Freiheit leben, ist allerdings eine andere Frage, auch in einem demokratischen Sozialismus. Bisweilen hilft bei der Klärung der eigenen Ideen der Vergleich mit dem Blick von kritischen Außenstehenden. Der bereits erwähnte Schumpeter, der die für einen bürgerlichen Ökonomen exzentrische Auffassung vertrat, dass der Sozialismus die notwendige Konsequenz der kapitalistischen Dekadenz darstelle, verstand den Sozialismus als eine gesellschaftliche Betriebsweise, die kulturell indeterminiert sei.<sup>20</sup> Das heißt, als eine solche sei sie denn auch mit unterschiedlichen kulturellen und wertemäßigen Orientierungen verbindbar.

Wie weit Schumpeters Idee, dass die politischen Institutionen und die Kultur, die den Rahmen einer sozialistischen Produktionsweise abgeben, tatsächlich willkürlich zu wählen seien, realistisch ist oder nicht, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, dass das 20. Jahrhundert Versuche gesehen hat, sozialistische Gesellschaften sehr unterschiedlicher Charakteristiken aufzubauen, und so scheint mir zweckmäßig, zwischen dem Sozialismus als einem wirtschaftlichen *Betriebs-system* der Gesellschaft und dem Sozialismus als einem *moralisch-kulturellen* Projekt unterscheiden, das in Zeit und Raum, historisch konkret Gestalt erhält und vor allem durch die soziale und politische Bewegung geprägt wird, die es verwirklicht. In diesem Sinn ist der Sozialismus, für den wir kämpfen, ein demokratisches, ein soziales, ökologisches, internationalistisches und feministisches Projekt. Im Wettstreit der Ideen wäre zu beweisen, dass und wie der Sozialismus die materielle Basis der Verwirklichung jener Werte bereitstellen kann, die wir in dem bestimmten historischen Moment, in dem wir leben, als die gesellschaftlich maßgeblichen durchsetzen wollen.

So verstehe ich schließlich auch Polanyi, der schreibt: „Die Menschheit wird nur frei, wenn sie weiß, was sie ihre Ideale kosten. [...] denn nur, wenn zwischen den zu erbringenden Opfern und dem Fortschritt, den wir auf dem Weg der Verwirklichung unserer Ideale zu erhoffen haben, ein unmittelbarer, kontrollierbarer und bis ins kleinste ziffernmäßig verfolgbare Zusammenhang zu ersehen ist, können wir Menschen die Antriebe in uns entfalten, um den Weg nach aufwärts unbeirrt zu gehen.“<sup>21</sup>

### Anmerkungen:

- 1/ Vgl. Carlotta Perez: Using the history of Technological Revolutions to help us understand the present & shape the future, <https://www.youtube.com/watch?v=zKDkl3yohTc&feature=youtu.be> [1.10.2020].
- 2/ Otto Bauer: Die österreichische Revolution. Wien 2015, S. 192.
- 3/ Max Adler: Politische oder soziale Demokratie. Berlin 1926, S. 151.
- 4/ Bauer: Revolution, S. 193
- 5/ Archiv des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Studien zu Autorität und Familie, F 1/V, Kt. 70, Käthe Leichter: Vorschlag für eine Untersuchung über die Autoritätsprobleme der österreichischen Arbeiterbewegung, o.D. [1937/38].
- 6/ Hans Kelsen: Marx oder Lassalle. Wandlungen in der politischen Theorie des Marxismus, in: Ausgewählte Aufsätze, hg. von Norbert Leser. Wien 1967, S. 145.
- 7/ Detlev Albers/Josef Hindels/Lucio Lombardoradice (Hg.): Otto Bauer und der „dritte Weg“. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten. Frankfurt/M., New York 1979; Detlev Albers u.a. (Hg.): Perspektiven der Eurolinken. Frankfurt/M., New York 1981.
- 8/ Bauer: Revolution, S. 219.
- 9/ Ebd., S. 250.
- 10/ Hans Kelsen: Demokratie und Sozialismus, in: Ausgewählte Aufsätze, S. 201.
- 11/ Ebd., S.160.
- 12/ Otto Bauer: Der Weg zum Sozialismus. Wien 1921, S. 32.
- 13/ Adler: Demokratie, S. 125.
- 14/ Otto Kirchheimer: Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung, in: ders.: Politik und Verfassung. Frankfurt/M. 1964, S. 159.
- 15/ Karl Renner: Wege der Verwirklichung Betrachtungen über politische Demokratie Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus. Berlin 1929, S. 35.
- 16/ Ebd.
- 17/ Siehe Marco Berlinguer: Experiments at the Frontier of Technological Revolution Commons, Markets and Public Policies, <https://www.transform-network.net/publications/issue/commons-markets-and-public-policy> [1.10.2020].
- 18/ Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg 2002, S. 286.
- 19/ Karl Polanyi: Über die Freiheit, in: ders.: Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze (1920–1945), Bd. 3, Marburg 2004, S. 137–172.
- 20/ Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München 1975, S. 273.
- 21/ Karl Polanyi: Sozialistische Rechnungslegung, in: Chronik, S. 109.

Referat am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft „100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz“ am 17. Oktober 2020.